

Antrag

der Fraktion der FDP

Unabhängige Ombudsstelle für Kindertagesstätten, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen zur Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine unabhängige Ombudsstelle für den Bereich Kindertagesbetreuung einzurichten. Der Senat soll prüfen, wieviel Personal benötigt wird und wie es durch öffentliche Mittel vergütet werden soll.

Die Ziele dieser Ombudsstelle sollen sein:

- Anlaufstelle für Eltern bei Problemen und Beschwerden im Zusammenhang mit Kitas, Kindertagespflegestellen und vorschulischer Förderung, Ganztagsbetreuung in Grundschulen, Jugendämtern und Kitagutscheinstellen
- Effiziente und lösungsorientierte Vermittlung zwischen Eltern und Trägern, Kitaleitungen, Beschäftigten zwecks präjudizieller Einigung mittels professioneller Kommunikationsprozesse
- Außergerichtliches Verhindern von Streiteskalationen
- Schnelle Unterstützung und Beratung für Eltern, die nicht die deutsche Sprache sprechen
- Langfristige Dokumentation der Beschwerdegründe und Auswertung ihrer Ursachen zwecks stetiger Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung in Berlin Das Weiterleiten von Beschwerden an die zuständigen Stellen in der Senatsverwaltung/Kitaaufsicht
- Bei Bedarf Weiterleitung von Beschwerden an die zuständigen Stellen in der Senatsverwaltung bzw. an die Kitaaufsicht

Begründung:

Als Folge der wachsenden Stadt fehlen Kindertagesbetreuungsplätze, das Defizit an Erzieherinnen und Erzieher ist ebenso groß. Eine Online-Petition gegen die unhaltbaren Zustände mit knapp 16.000 Unterschriften von Eltern und Erziehern, davon 12.000 aus Berlin, spricht für sich. Aber weder der Bedarf nach einer Ausbildung noch der zum Quereinstieg in den Erzieherberuf deckt den steigenden Bedarf nach Betreuungsfachkräften ab. Aus diesem Grund ist die Einrichtung einer Ombudsstelle für Kitas und Kindertagespflegestellen umso sinnvoller. Für die Einrichtung einer Ombudsstelle für Kitas und Kindertagesbetreuung spricht ebenfalls, die Möglichkeit, durch die Dokumentation der Beschwerden sowie die Auswertung ihrer Ursachen Verbesserungen in der Kindertagesbetreuung herbeizuführen.

Auch wäre es entlastend für Kitaleitungen, Erzieherinnen und Erzieher, wenn es einen professionellen Umgang mit Beschwerden gäbe und die Kommunikation mit den Eltern sowie die Lösung von Konflikten nicht zu Lasten der Zeit am Kind geht. Ein Antrag mit sehr ähnlichen Zielen wurde vor drei Jahren von der Fraktion Die Linke ins Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht. ([Drs. 17/1870](#)). Dieser Antrag wurde unter anderem deswegen abgelehnt, weil ein Jahr zuvor die Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe (BBO Jugendhilfe) erst als Pilotprojekt gestartet wurde und die Erfahrungen mit dieser Einrichtung erst abgewartet werden sollten. In diesem Jahr ist die BBO Jugendhilfe so erfolgreich, dass sie in ihre Beratungskapazitäten stößt und mehr Personal braucht. Die finanzielle Ausstattung der BBO Jugendhilfe wurde im Vertrag der Koalitionsfraktionen nicht nur verstetigt, sondern der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie hat sogar die erforderlichen Mittel für den Personalaufwuchs im Rahmen der Beratungen für den Doppelhaushalt 2018/19 mit unserer Zustimmung beschlossen. Die BBO Jugendhilfe könnte daher als Erfolgsmodell für eine Ombudsstelle Kindertagesbetreuung dienen.

Berlin, 2. Januar 2018

Czaja, Fresdorf
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin